

Hat die Soziale Marktwirtschaft ausgedient? Von der sozialen zur sozialistischen Marktwirtschaft?

Alfred Schüller, Marburg

Erschienen in: *Die Neue Ordnung*, 73. Jg., Heft 2/2019, S. 94-108

Ist die Soziale Marktwirtschaft ein antiquiertes Leitbild der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Welche Soziale Marktwirtschaft ist gemeint? Was ist ihr zu verdanken? Warum ist das Leitbild verblasst? Was leisten konkurrierende Ordnungen? Folgerungen.

I. Soziale Marktwirtschaft – Vorgeschichte

Die Vorgeschichte des Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft kann auf Bismarck zurückgeführt werden. Mit staatlichem „Omnipotenzgehabe“ (Ludwig Windhorst) hat dieser die demokratischen, liberalen und christlich-humanen Kräfte seiner Zeit zu ersticken versucht. Er hat die liberale Ära, die Preußen 1807/08 vor England unter dem Einfluss des Freiheitsprogramms von Adam Smith eingeleitet hat, 1879 beendet. Seine Wirtschafts- und Sozialpolitik war merkantilistisch-interventionistisch, duldete Monopol- und Verbandsmacht, hat im Kampf gegen die Sozialdemokratie mit der Verstaatlichung des Sozialen (staatlich garantierte Kranken-, Alters- und Invalidenversorgung) begonnen.

Auch nach dem I. Weltkrieg fehlte es am politischen Willen, das Marktgeschehen freiheitlich-wettbewerblich zu ordnen und die Menschen vor dem Übel der Entmündigung und vor Formen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Willkür zu schützen. Es war üblich, vom fatalistischen Denken in *unabwendbaren Verhältnissen* gebannt zu sein oder einen Vorteil darin zu sehen, freiheitsbeschränkenden, wohlfahrts- und moralverzehrenden Lehren und Mächten zu dienen. So mangelte es in der nationalökonomischen Zunft vielfach an einer entschiedenen Gegenposition zum aufkommenden wirtschaftspolitischen Nationalismus. Krisenerscheinungen und sozialpolitische Interessengegensätze konnten so nach 1918 und 1929 in demagogischer Weise der marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin angelastet werden – vielfach unwidersprochen. Und führte das populäre *systemlose* staatliche Eingreifen von Fall zu Fall, das auch von Seiten der Wissenschaft als Ausweg empfohlen wurde, nicht zum gewünschten Erfolg, dann wurde gefolgert: Die Interventionen müssen tiefgreifender und härter sein.

Walter Eucken und seine geistigen Mitstreiter wie Franz Böhm, Wilhelm Röpke und andere haben diese Entwicklung auch auf das Versagen der Nationalökonomie zurückgeführt und die Idee einer humanen Wirtschaftsgesellschaft als Gegenposition zu den herrschenden Denkschulen des Marxismus und der neuen Historischen Schule entwickelt.

Schon früher führten Adam Smith und vor ihm die Spätscholastiker soziale Fragen auf eine verfehlte Ordnungspolitik zurück – vor allem auf Wettbewerbsbeschränkungen und Verletzungen des Primats der Währungspolitik. Die „Freiburger“ haben diesen Gedanken über Smith hinausgehend zum Gegenstand eines systematischen Vergleichs von Wirtschaftsordnungen gemacht. Daraus ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft mit Prinzipien für eine Politik der Wettbewerbsordnung entstanden.

II. Soziale Marktwirtschaft – Zum Verständnis

Soziale Marktwirtschaft ist zuerst und unverzichtbar „Marktwirtschaft“. Man muss sich stets der Vieldeutigkeit und der Möglichkeit der missbräuchlichen Verwendung des Wortes sozial und damit auch des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ bewusst sein. Mit Soziale Marktwirtschaft ist hier im Wesentlichen das Konzept von Eucken gemeint, dem Kopf der Freiburger Schule und der Ordoliberalen, zu denen sich auch Ludwig Erhard zählte – mit den Fragen: Wie kann das Vertrauen der Bürger in den freiheitlichen und sozialen Gehalt der Marktwirtschaft wiedergewonnen werden? Dieses ist nach dem I. Weltkrieg mit der verheerenden Inflation, mit dem währungs- und handelspolitischen Nationalismus, der freiheitsbeschränkenden Vermachtung der Wirtschaft und der existentiellen Not im Gefolge der Depression von 1929 verloren gegangen. Wie können die Menschen vor der Verstaatlichung des Lebens, dem Übel der wirtschaftlichen und sozialen Entmündigung und vor Formen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Willkür geschützt werden?

In aller Kürze sehen die „Freiburger“ die Antwort in der staatlichen Verantwortung für die Schaffung und Sicherung einer Wettbewerbsordnung, in der es für alle erwerbsfähigen Menschen möglich, aber auch notwendig ist, sich in persönlicher Verantwortung der Freiheitsrechte und ihres Könnens zu bedienen, um die eigene wirtschaftliche Existenz und die der Familie zu sichern (Selbsthilfe), um mit Hilfe eigener Einkommensquellen und Organisationen (Familien, Unternehmen, Verbände, Versicherungen) angemessene Vorkehrungen gegen die Risiken des Daseins (Krankheit, Alter, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit) zu treffen (freiwillige Solidarität). Hinzukommt die Vor- und Fürsorge für die, die vorübergehend oder dauerhaft nicht erwerbsfähig, deshalb auf öffentliche Hilfe angewiesen sind (staatlich finanzierte Solidarität).

Diese drei Aufgabenkomplexe stehen in ihrem Verhältnis zueinander im Mittelpunkt einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten in einem Zusammenhang gesehen werden, in dem sich die ordnenden Kräfte gegenseitig stützen und verstärken. Als Prüfstein des staatlichen Handelns gilt dabei die Konformität mit dem Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft, den Prinzipien der Wettbewerbsordnung. Der so entstehende gemeinsame Ordnungsrahmen dient einem unverfälschten Wettbewerb, der Machtvermeidung, der Sicherung des Geldwerts, der engen Verknüpfung des Geschehens auf den Produkt- und Faktormärkten, der konjunkturpolitischen Stabilisierung des Marktgeschehens, Vorkehrungen für den sozialen Aufstieg der Menschen, der Verhinderung der Arbeitslosigkeit und anderer Formen der Fehllenkung von Ressourcen, schließlich den Anforderungen an die staatlich organisierte und finanzierte Solidarität. Alles in allem geht es darum, der Entstehung sozialer Fragen entgegen zu wirken.

Es verwundert nicht, dass es zwischen den Prinzipien der „Freiburger“ und der Katholischer Soziallehre viel Gemeinsames gibt, wenn vom Grundverständnis der Personalität und darauf aufbauenden Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität ausgegangen wird. Als Ausdruck hierfür sei auf die die zehn sozial- oder ordnungsethischen Leitsätze Höffners von 1953

verwiesen¹. Auch der Impulstext der deutschen Bischöfe von 2003² ist von diesem Geist geprägt.

III. Soziale Marktwirtschaft – Erfolgsbilanz

Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft ist das Ergebnis eines Transformationsprozesses, des Übergangs von einer schlecht funktionierenden Zentralverwaltungswirtschaft und einer illegalen Untergrundwirtschaft in der Zeit von 1948 bis 1957 zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Zur Erfolgsbilanz gehören:

- Die Schaffung eines verlässlichen und funktionsfähigen Geldsystems auf der Grundlage der von den Westalliierten durchgesetzten Währungsreform vom 20. Juni 1948, als Bedingung für ein knappheitsgerechtes Kalkulieren und für stabiles Geld sowie eine bis 1970 anhaltende hohe Geldwertstabilität und Beschäftigung;
- die Aufhebung zahlreicher Preis-, Produktions- und Verteilungsdekrete des Staates zugunsten der freien Preisbildung als Voraussetzung für ein legales Marktpreissystem (fortbestehende Ausnahmen haben Fehlanreize und Fehlentwicklungen ausgelöst, die bis heute Anlass für andauernde Reformdiskussionen sind - wie in der Land- und Wohnungswirtschaft, in der Montanindustrie, im Post- und Fernmeldewesen, im Luft-, Personen- und Güterverkehr, in der Energieversorgung, im Gesundheitswesen, in der Arbeitslosen-, Krankheits-, Renten- und Pflegeversicherung usw.);
- die Erkenntnis, bei der Verfolgung sozialer Ziele darauf zu achten, das Preissystem nicht zu verzerren oder außer Kraft zu setzen;
- das Bewusstsein für die Schwierigkeit, in der Auseinandersetzung um die Praktikabilität und Vorzüge der Konzeption des funktionsfähigen Wettbewerbs und der Wettbewerbsfreiheit den wettbewerbspolitischen Kurs zu bestimmen. Dabei geht es einmal um die Annahme, dass der Wettbewerb bestimmten wirtschaftspolitischen Zielen zu dienen und demzufolge zu gestalten ist, zum anderen geht es um die Entdeckung und das Verbot von Wettbewerbsbeschränkungen, also von wirtschaftlicher Machtbildung; zum Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft gehört die Erkenntnis, dass der Staat der größte Feind des Wettbewerbs sein kann, wenn er sich vorbehält, Unternehmen und den Wettbewerb in binnen- und außenwirtschaftlichen Belangen für (wirtschafts-)politische Ziele jederzeit zu regulieren und zu beschränken – wie im Falle der französischen Planification, der „Aufgeklärten Sozialen Marktwirtschaft“ und des Konzepts des „Autoritären Kapitalismus“ im Verständnis von China oder Russland³. Umso anspruchsvoller ist die dem Staat in der Sozialen Marktwirtschaft zugedachte Aufgabe, Wettbewerb bewusst zu ermöglichen, seine Beschränkung und Verzerrung zu verhindern, konkret die Marktteilnehmer vor willkürlicher Behinderung und Beschränkung der Wahl- und Entfaltungsfreiheit im Rahmen einer rechtsstaatlich verfassten Ordnung zu schützen;

¹ Höffner, Joseph, Soziale Sicherheit und Eigenverantwortung – zehn Leitsätze (1953), in: Höffner, Joseph, *Gesellschaftspolitik und christliche Verantwortung*: Reden und Aufsätze, hg. v. Wilfried Schreiber und Wilhelm Dreier, Münster 1966, S. 307-313.

² „Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik“, hg. v. den Deutschen Bischöfen, 12. 12. 2003. Hierzu Schüller, Alfred, Das Grundproblem der Sozialpolitik. Anmerkungen zum Impulstext der Deutschen Bischöfe, in: Die Neue Ordnung, 58. Jg., H. 3, 2004, S. 164-179.

³ Alfred Schüller (2013), Wettbewerb und „autoritärer Kapitalismus“, in: Ingo Pies (Hg.), Das weite Feld der Ökonomie, Stuttgart, S. 169-184.

- die Widerlegung der verbreiteten Auffassung, Marktwirtschaften neigten mit historischer Gesetzmäßigkeit zur Arbeitslosigkeit, zur Depression, zum Währungsverfall und über eine Kette sich verstärkender Krisen zum Niedergang und Zusammenbruch; der Nachweis der Vereinbarkeit von Geldwertstabilität, hoher Beschäftigung, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt ist erbracht worden;
- die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration von weit über 14 Mill. Flüchtlingen und Vertriebenen; der Versuch, ab 1952 die ungleiche Verteilung der materiellen Kriegsfolgen durch den Lastenausgleich zu mildern;
- der Wiederaufbau Westdeutschlands mit dem Aufstieg zur stärksten Wirtschaftskraft des Kontinents. Die gigantischen Versorgungs-, Wiederaufbau- und Beschäftigungsprobleme der Nachkriegszeit wurden ohne nennenswerte Staatsverschuldung und Inflation gelöst;
- der Nachweis, dass es prinzipiell keine haltbare Begründung für eine kontinuierlich zunehmende Staatsverschuldung gibt;
- die Einigkeit des Wirtschafts- und Finanzministerium sowie der Zentralbank, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erneut in die Staatsverschuldung zu führen, nachdem es gerade gelungen war, zwischen der Rolle des Staates und dem Handlungsspielraum der Bürger eine angemessene Grenze zu ziehen und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Politik wieder herzustellen;
- Einsichten in die nationalen Ordnungsbedingungen als Voraussetzung für den Aufbau einer humanen weltoffenen Wirtschaftsgesellschaft;
- die Erkenntnis der vorrangigen Bedeutung konvertibler Währungen als Triebkraft des internationalen wirtschaftlichen Fortschritts;
- ein maßgeblicher Beitrag zur Entstehung des europäischen Binnenmarktes;
- ein scharfer Blick für die negativen Folgen von Vorhaben der europäischen Integration, die sich mehr vom politischen Enthusiasmus und vom Großwirtschafts- und Großwährungsraumdenken als von der wirtschaftlichen Vernunft leiten lassen;
- der Nachweis, dass es zum liberalen, zivilrechtlich fundierten Typ der internationalen Ordnung keine konkurrenzfähige Alternative gibt;
- die Erkenntnis, dass den eigenen Interessen umso besser gedient werden kann, je internationaler gedacht und gehandelt wird. Dies vor dem Hintergrund der in Deutschland mit Bismarck aufgekommenen Scheindynamik des wirtschaftlichen Nationalismus;
- die Erkenntnis, dass der Fortschritt beim Wiederaufbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erzielt worden ist, in erster Linie nicht auf die internationalen Organisationen, Konferenzen und Charters zurückzuführen, sondern dem Konto derjenigen Länder gutzuschreiben ist, die sich von sozialistischen Experimenten, dem Keynesianischen Makroformalismus und wohlfahrtsstaatlichen Programmen abgewandt und ferngehalten haben;
- die Entkräftung der These von der überlegenen Leistungsfähigkeit staatssozialistischer Regime und Formen des sozialistischen Wettbewerbs, wenn es darum geht, dem Übel der menschlichen Entmündigung und Willkür als Voraussetzung für die Wohlstandsentwicklung entgegen zu treten.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft, die in vieler Hinsicht eine Baustelle geblieben ist, überragen Vieles, was heute auf dem jeweiligen Gebiet geleistet wird. In welchem Maße die Soziale Marktwirtschaft im Allgemeinen und die D-Mark im Besonderen im Bewusstsein der ostdeutschen Bevölkerung als einheitsbildende Kraft verankert war, lässt sich aus der bekannten Parole bei den Montagsdemonstrationen vom November 1989 folgern: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!“ Für Frankreich, Italien und andere Eurozonenländer war dieser eindeutige geldpolitische Qualitätsbefund im Vorfeld der Euro-Einführung ein Dorn im Auge und Anlass, der beklagten stabilen „Macht der D-Mark“ ein für alle Mal zu entkommen – im nationalen Sonderinteresse an einer lockeren Geldpolitik der EZB. Damit war hinreichend klar, dass man sich seitens dieser Länder später nicht an formale Vereinbarungen halten werde.

IV. Soziale Marktwirtschaft – das Leitbild verblasst

1. Verschleppte Aufwertungen der DM – ein erster Super-Gau als ordnungspolitische Herausforderung

Eine Aufwertung der D-Mark im Rahmen des IWF wäre schon 1956 notwendig gewesen, um die monetäre Überversorgung der deutschen Wirtschaft, die realwirtschaftlichen Funktionsstörungen und Verhaltensänderungen zu unterbinden, die mit einem Inflationsimport verbunden sind. Die institutionellen Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die damit verfolgten Ziele waren im In- und Ausland – ähnlich wie heute in der Eurozone - für ein stabiles, marktgerechtes Fixkursystem allzu verschieden. Doch erst am 4. März 1961 konnte gegen die Spitzenverbände der Wirtschaft, die in der Wechselkursfrage Adenauer⁴ auf ihrer Seite hatten, viel zu spät und zu schwach aufgewertet werden.⁵

Die aktive Leistungsbilanz mit wachsenden Gold- und Devisenbeständen der Bundesbank als Ergebnis der verschleppten DM-Aufwertungen erweckte den Anschein des Reichtums und bescherte der Exportwirtschaft einen Gewinnboom. Im Wettbewerb der Begehrlichkeiten setzten sich Devisenausgleichszahlungen an die USA und Großbritannien durch, im Inland populäre Rufe nach „sozialer Symmetrie“. Gefordert wurde, den vermeintlichen Reichtum „gerecht“ zu verteilen. Die Politik der „sozialen Symmetrie“ ist Ausdruck einer Abwendung vom Primat der Ordnungspolitik und Hinwendung zum Primat einer interventionistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese Transformationstendenz der Sozialen Marktwirtschaft begünstigte ab 1961 eine Tarifautonomie für Verteilungszwecke, die stärkere Bindung der sozialen Sicherungssysteme an die Arbeitsverhältnisse, die Forderung nach sozialer Sicherheit jenseits der Freiheitssphäre wettbewerblicher Märkte. Insgesamt weisen die Reformen im Bereich der Arbeits- und Sozialordnung auf eine Entwicklung von der Sozialpolitik hin zum Wohlfahrtsstaat im Sinne einer Verstaatlichung des Lebens. Die verstärkt aufkommenden

⁴ Dieser neigte dazu, die Geld- und Wechselkurspolitik politischen und vermeintlich sozialen Zwecken unterzuordnen.

⁵ Wie sehr die Soziale Marktwirtschaft von inneren Feinden bedroht war, zeigten vorher schon die Widerstände der Industrieverbände gegen die Bemühungen der „Freiburger“, die Soziale Marktwirtschaft (unter Einbeziehung der Systeme der sozialen Sicherung, des Kartell- und Fusionsverbots) im Hinblick auf die Erweiterung und Vertiefung des Geltungsbereichs der Wettbewerbsordnung auszubauen.

sozialistischen Infiltrierungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren auch von einer grundlegend positiven Neubewertung der Verhältnisse in der DDR begleitet.⁶

Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik wurde seit Anfang der 60er Jahre entweder nicht mehr für durchsetzbar gehalten, als Ausbau von wettbewerbsfeindlichen korporatistischen Strukturen verstanden oder als Ergebnis einer als überholt bezeichneten unaufgeklärten Denkweise abgetan.

2. Von der Sozialen Marktwirtschaft zur „Aufgeklärten (Sozialistischen) Marktwirtschaft“

Im westdeutschen Ordnungswettbewerb setzte sich mehr und mehr ein Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft mit wohlfahrtsstaatlichen Inhalten durch, mit Verbänden als Teil der Regierungspolitik („konzertierte Aktionen“), mit Bestrebungen, die Marktstrukturen und -abläufe im Hinblick auf *bestimmte* Wachstums- und Verteilungsergebnisse zu formen, die Wettbewerbspolitik strukturpolitischen Zielen und einer illusionären makroökonomischen Steuerung unterzuordnen, mit dem Ausbau der Unternehmen zu Einrichtungen der sozialen Sicherung, mit einer haftungsfreien Mitbestimmung. Und mit der aufkommenden Dominanz der Fiskalpolitik setzte der politische Kredit seinen bis heute anhaltenden Siegeszug fort – bei Haftungsfreiheit der politisch Verantwortlichen im Falle von verfehlten Kreditgewährungen.

3. Ergebnisvergleich

Typisch für die „Freiburger“ Soziale Marktwirtschaft ist es, aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Probleme innerhalb dieser Ordnung zu lösen, ggfs. zum Anlass einer ordnungspolitischen Fortentwicklung des Marktsystems zu nehmen – nach Abwägung der Effizienz marktlicher und nicht-marktlicher Lösungen. Typisch für die „Aufgeklärte Soziale Marktwirtschaft“ ist die Neigung, Fehlentwicklungen und ordnungspolitische Versäumnisse zum Anlass von Lösungen zu nehmen, die in dem bestehenden interventionistischen Ordnungsmilieu zu weitergehenden Eingriffen verleiten, damit neue Probleme schaffen und erkennen lassen, warum Interventionen und Krisen häufig zwei Seiten einer Medaille und zugleich Tendenzen zum Sozialismus sind⁷:

⁶ Es gab in Westdeutschland 1966/1967 einen ersten, vergleichsweise harmlosen konjunkturellen Rückschlag. Marxisten sahen darin das Ende der „Rekonstruktionsphase“ der „BRD“. Studenten (unter der Anleitung akademischer Lehrer) und Arbeiter (unter gewerkschaftlichem Einfluss) begannen verstärkt mit der marxistisch-revolutionären Verlockung zu sympathisieren. Dies verstärkte in der Politik, in den Massenmedien, Teilen der Wirtschaft und Wissenschaft die Neigung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und „sozialen Errungenschaften“ in der DDR zum Wunder zu erklären und das System zu verharmlosen. Alles in allem drangen Argumente eines geistigen Relativismus in Westdeutschland vor, im Gegensatz zu der bis dahin einflussreichen Sicht dessen, was angesichts des menschenverachtenden Politik der DDR gemeinsam für „gut“ und was für „schlecht“ gehalten wurde. Zu dieser Neubewertung passte die Forderung, das SED-Regime nur noch aus seinem Selbstverständnis heraus zu analysieren und zu bewerten. Mit der politischen Doktrin der Anerkennung menschenfeindlicher Realitäten korrespondierte die „systemimmanente“ Betrachtung und Beurteilung der DDR. Die Vertreter dieses Forschungsansatzes wurden politisch und finanziell gefördert. Die kritische systemvergleichende Analyse wurde diskreditiert und als blinder kapitalistischer Normativismus abgetan.

⁷ Freilich hat sich Karl Schiller, auf den die Wortschöpfung „Aufgeklärte Soziale Marktwirtschaft“ zurückgeht, später („Es gibt immer eine marktwirtschaftliche Lösung“) im Widerspruch zu dem zur Expansion der Staatsverschuldung und zur Ausdehnung des vermeintlich unterentwickelten öffentlichen Sektors neigenden Helmut Schmidt verstärkt in den Dienst einer grundsatztreuen Ordnungspolitik im Verständnis von Erhard gestellt. (den Hinweis verdanke ich Christian Watrin).

- So ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vom Anspruch der Integration aller Teilbereiche und Interessen der Wirtschaft bestimmt. Mit der Idee der „konzertierten Aktion“ wird (nach dem Vorbild der französischen Planification) Spitzenverbänden und anderen organisierten Gruppen selektiv ein politisches Mandat erteilt - im Widerspruch zu den Grundsätzen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. Damit kann sich der Staat willkürlich der Verantwortung für eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung entziehen. Die Transformationstendenzen liegen auf der Hand. Von Verbänden und Gruppen ist in der Regel nur das zu erwarten, was sie interessiert, nicht aber das Interesse am Wohl des Ganzen. Das Experiment ist an inneren Widersprüchen gescheitert, wie aus Sicht der „Freiburger“ nachgewiesen worden ist.⁸
- Der seit den 1960er Jahren vorherrschenden Idealvorstellung vom Staat als Umverteilungsinstanz wird aus „Freiburger“ Sicht entgegen gehalten: Der Staat, der soziale Leistungen produziert, „ist weder unabhängiger Richter noch Vertragspartner im üblichen Sinne“.⁹ Vielfach sind die Eigeninteressen darauf gerichtet, die Leistungen im politischen Alltag als Mittel der politischen Herrschaftssicherung einzusetzen, „Solidarität“ und „soziale Gerechtigkeit“ als anfällig anzusehen, um als politische Kampfbegriffe missbraucht zu werden. Deshalb präferieren die „Freiburger“ auch aus verteilungspolitischen Gründen den Ausbau der Politik der Wettbewerbsordnung.
- Das Subsidiaritätsverständnis wandelt sich zum Vorrang der staatlich finanzierten Solidarität. Das kommt der Meinung entgegen, „unten“ bestehe keine oder nur eine schwache Fähigkeit und Bereitschaft, sich bevorzugt der rechtsgeschäftlichen Privatautonomie und freiwilligen Solidarität zu bedienen. Neigungen, die Finanzierung vom Marktsystem abzukoppeln und bedarfsweise den Steuerzahlern anzulasten schwächen die Mündigkeit der Bürger.
- In wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen (Beispiel: Arbeitsagenturen), die weitgehend der Wettbewerbskontrolle entzogen sind, neigen die Personalräte mit der Rückendeckung politischer und gewerkschaftlicher Hoheitsgewalt dazu, sich beharrlich für Insider und das Senioritätsprinzip und gegen Outsider und das aufgabenbezogene Leistungsprinzip zu entscheiden. Die personelle, wirtschaftliche und organisatorische Verselbständigung der Sozialverwaltungen drängt zur bürokratischen Kompetenzbeharrung und -expansion.
- Das Denken in abgegrenzten Bereichen ist überall mit dem Anspruch verbunden, die jeweiligen Handlungsfelder eigenständig zu gestalten. Mit dem wirtschafts- und sozialpolitischen Punktualismus geraten die übergeordnete Idee und eindeutige Haltung zur marktwirtschaftlichen Ordnung im Allgemeinen und zu den Prinzipien der „Freiburger“ Politik der Wettbewerbsordnung im Besonderen aus dem Blickfeld.
- Je mehr Menschen von Lösungen der staatlich organisierten Solidarität auf dem Wählerstimmenmarkt zu profitieren glauben und mit den Angeboten des totalen Fürsorgestaats liebäugeln, desto größer dürfte die Zahl derjenigen werden, die den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg durch Teilnahme am regelgebundenen Spiel der eigenverantwortlichen Selbsthilfe und der freiwilligen Solidarität nur halbherzig verfolgen, desto weiter dürfte sich die Schere zwischen Armen und Reichen öffnen. -

⁸ Siehe Erich Hoppmann (Hg.), *Konzertierte Aktion. Kritische Beiträge zu einem Experiment*, Frankfurt 1971.

⁹ Siehe Christian Watrin, *Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaates*, in: Bernhard Külpe und Hans-Dieter Haas (Hg.), *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft*, Berlin 1977, S. 963-985 (hier: S. 984).

Am Anfang des Niedergangs der Sozialen Marktwirtschaft steht eine ungelöste Währungs- und Wechselkursfrage. Sie hat Kaskaden von Begehrlichkeiten- und Interventionsspiralen ausgelöst. Diese haben mit dem Aufkommen der „Aufgeklärten Sozialen Marktwirtschaft“ und der Verstaatlichung des Sozialen den Niedergang der Sozialen Marktwirtschaft beschleunigt. In diese Richtung drängen inzwischen auch die ungelöste Währungs- und Wechselkursfrage in der Eurozone und die industriepolitischen Pläne der EU-Kommission. Die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Verheißungen sind dabei, schwer revidierbare Transformationstendenzen der Wirtschaftsordnung auszulösen. Die monetäre Stabilitätskultur ist heute in Deutschland nicht mehr so fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert wie in der DM-Zeit. Die Bundesbank, die einmal als das „ökonomische Gewissen“ in Deutschland galt, ist nicht mehr das, was sie mal war. „Der Mythos existiert nur noch rudimentär“, so Karl Otto Pöhl schon 2007. Und die Geldpolitik der EZB ist dabei, das Marktpreissystem mit Negativ-Zinsen von Grund auf zu destabilisieren.

4. Europäische Währungsunion und europäische Industriepolitik - Auf dem Weg zum zweiten Super-Gau mit Transformationstendenzen

- Der einheitliche Wechselkurs der Eurozone ist angesichts der Heterogenität der meisten Mitgliedsländer der Eurozone unrealistisch. Das zeigt sich an den unausräumbaren Salden in den Zahlungsbilanzen, mit einer chronischen Zwangsgläubigerschaft hier und strukturellen Defiziten dort, mit Bestrebungen, die Salden auf politisch-bürokratische Weise auszugleichen, also „Saldendirigismus“¹⁰ zu betreiben, mit einer Hexenjagd auf die Überschussländer als die vermeintlich Schuldigen für die Lage der Defizitländer, mit dem Versuch, die Überschussländer wirtschaftlich in den gleichen Krankheitszustand zu versetzen, in dem die Defizitländer sind und solange verharren können, wie den staatlichen Gläubigern (bei Rückgriff auf die Sparer und Steuerzahler) nicht mit Hilfsfonds, einer Politik des billigen Geldes und mit der Gemeinschaftshaftung die Luft ausgeht. Eine Eurozone als großes wirtschaftliches Krankenhaus mit wiedererstarkten nationalistischer Bewegungen ist keine irrealer Vorstellung.

- Die „Freiberger“ stehen im Widerspruch zur französischen Tradition des Ordnungsdenkens. Nach dieser ist der wirtschaftliche und soziale Fortschritt voraussehbar, kann planmäßig beschleunigt und nach Bedarf durch konzertierte Aktionen (Absprachen, Subventionen und andere Privilegien) gelenkt werden. Die EU-Kommission steht bevorzugt in dieser Tradition, folgt damit einem etatistisch-interventionistischen Ordnungsdenken, das im weltweiten Wettbewerb unausweichlich unter informationstheoretischen Mängeln leidet.¹¹ Wer als Politiker Transformationstendenzen der marktwirtschaftlichen Ordnung mit tiefgreifenden

¹⁰ Das Konzept der zentralen Saldensteuerung besteht im Anspruch, den gesamten arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess in der Eurozone so zu lenken, dass das daraus entstehende Salden-Ist an ein gewünschtes Salden-Soll angepasst wird. In dem Maße, wie die Lohnstückkosten, das Nettoauslandsvermögen, die Arbeitslosenquote, die Verschuldung des Privatsektors, die Häuserpreise, die öffentliche Verschuldung und andere Kennziffern in die planwirtschaftliche Soll-Ist-Beurteilung einbezogen werden, beschleunigt sich der Transformationsprozess auf dem Weg von der Sozialen Marktwirtschaft zur Sozialistischen Marktwirtschaft.

¹¹ Sie strebt im Rahmen ihrer industriepolitischen Ziele einen eigenen „Fahrplan“ für den langfristigen Finanzierungsbedarf der europäischen Wirtschaft an, um für „tragfähige Investitionen“, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und „nachhaltiges Wachstum“ zu sorgen. Hierfür sollen Mittel der nationalen Haushalte, von Exportkreditagenturen, des EU-Haushalts, der staatlichen und suprastaatlichen Banken mobilisiert werden. Damit würde nach der Logik einer entsprechenden Systementfaltung letztendlich das wettbewerbsorientierte Binnenmarktkonzept durch eine finanz- und wirtschaftspolitische Super-Behörde mit zentralen Funktionen der Investitionslenkung und -finanzierung verdrängt.

Erscheinungen der Desintegration vermeiden will, wird sich Erhards Position zu Eigen machen müssen: „Wir brauchen kein Planungsprogramm, wir brauchen ein Ordnungsprogramm für Europa“. Das spricht gegen supranationale Gemeinschaftsaktionen und für die Einbeziehung industriepolitischer Maßnahmen, falls man nicht ganz davon lassen will, in den offenen Standortwettbewerb der Mitglieder und ihrer Regionen.¹² -

Die Währungsunion, die als Mörtel für den Bau der politischen Union gedacht war, und die Industriepolitik Frankreichs und der Kommission wirken durch die Eigengesetzlichkeit des Interventionismus mit einem hektischen protektionistisch-dirigistischen Großraumdenken für den Gedanken der Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft und des europäischen Einigungswerkes wie Sprengstoff.

IV. Hat die Soziale Marktwirtschaft ausgedient?

1. „Ausgedient“ im Sinne von Aushöhlung, Missachtung und Verdrängung

- Diejenigen werden unumwunden mit „ja“ antworten, die in der marktwirtschaftlichen Reformpolitik von 1948 den Beginn der „unsozialsten Epoche der deutschen Wirtschaftspolitik“ sehen. Dieses Fehltrium ist mit dem Godesberger Programm vom November 1959 unter maßgeblichem Einfluss von Karl Schiller revidiert worden. Ihm ist es gelungen, die SPD in einem langen Weg der Reformen von ihren kommandowirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen an das „Freiburger“ Verständnis von Soziale Marktwirtschaft als unverzichtbar heranzuführen, um Wahlen zu gewinnen.¹³ Doch hielten sich die „demokratischen Sozialisten“ mit dem Leitgedanken „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ alle Türen der Ordnungspolitik offen. Tatsächlich ist es bei Bestrebungen geblieben, die Wirtschafts- und Sozialpolitik fortschreitend in den Dienst der Verstaatlichung des Sozialen zu stellen und die ordnenden Kräfte der Wirtschaftspolitik durch wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften zu immobilisieren.

-Vor allem in der sozialpolitischen Praxis ist die Einsicht in die Bedingungen des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft schon in den 50er Jahren mit der Rentenreform von 1957¹⁴ und in den 60er Jahren vor allem im Gefolge der verschleppten Aufwertungen der DM (Stichwort „Soziale Symmetrie“) vielfach in Vergessenheit geraten, erst recht mit dem Aufkommen des aktuell vorherrschenden wohlfahrtsstaatlich-interventionistischen Ordnungsverständnisses, mit der Praxis einer fehlkonstruierten Europäischen Währungsunion und der europäischen Industriepolitik. Für Erhard war schon 1954 klar: die europäische Zusammengehörigkeit kann keine ökonomische Achsenbildung Paris-Bonn-Brüssel unter dem Banner eines planifizierenden staatlichen Dirigismus bedeuten. Für Erhard galt eine Übereinstimmung mit Frankreich auch und gerade dann als gebotene rücksichtsvolle Zusammenarbeit, wenn in

¹² Siehe Alfred Schüller, Wettbewerbs- und Industriepolitik: EU-Integration als Dritter Weg? In: Dirk Wentzel (Hg.), Europäische Integration, Stuttgart 2006, S. 127-168.

¹³ Siehe Alfred Schüller, Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Baustelle, ORDO, Bd. 56, S. 61-75.

¹⁴ Grundlegend für dieses Rentenkonzept ist der Versuch, die Verteilung von Einkommensströmen zwischen „den“ Generationen mit dem Versicherungsprinzip zu kombinieren. Die dualistischen Finanzierungsprinzipien waren unter dem Einfluss der Politik von vornherein anfällig für Bestrebungen, das marktwirtschaftliche Versicherungsprinzip zurückzudrängen. Inzwischen sichert die individuelle Beitragsleistung nur noch ein Recht, an den Leistungen des Umlageverfahrens nach der jeweils geltenden (politisch bestimmten) Rentenformel beteiligt zu werden. Der personale versicherungswirtschaftliche Äquivalenzbezug ist mehr und mehr vom vermeintlich sozialen Bezug des Leistungsanspruchs verdrängt worden.

Ordnungsfragen der Wirtschaft gegenseitig reiner Wein eingeschenkt wird. Dahinter steht die Erkenntnis, dass es bei aller Vielfalt der ordnungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten für eine Soziale Marktwirtschaft auf die budgetäre (Eigen-)Disziplin der Mitgliedstaaten einer Wirtschafts- und Währungsunion, auf marktgerechte Preise und Wechselkurse, offene Märkte und die Bereitschaft der Zentralbank ankommt, sich aus dem Bereich politischer Einflussnahme und Kreditversorgungsprogramme herauszuhalten. Das sind entscheidende (Erfolgs-)Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft (siehe Kapitel III), die inzwischen verspielt worden sind.

-Die Sozialpolitik hat sich fortschreitend vom Marktpreissystem gelöst, steht damit konzeptionell nicht mehr in einem Verhältnis der wechselseitigen Stärkung und Stabilisierung. Von der Beziehung einer produktiven Gleichrichtung von Freiheit und sozialer Sicherheit kann keine Rede mehr sein. Mit der sozialistischen Aushöhlung des Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft¹⁵ dreht sich das politische Räderwerk des Interventionismus, aktuell mit der Ankündigung einer „Sozialstaatsreform 2025“ und weiterer Sozialprogramme¹⁶; dies entgegengesetzt zur Drehrichtung der Hauptantriebskräfte einer wirtschaftlich leistungsfähigen Ordnung. Damit werden die Innovations-, Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungspotentiale geschwächt. Mit der steuerlichen Belastung der Zukunft wird der Gestaltungsraum künftiger Regierungen verkleinert.

Ein Beispiel ist die flächendeckende gesetzliche Mindestlohnregelung von 2015. Die Unternehmen werden wie in anderer Hinsicht als Hilfsorgane des Wohlfahrtsstaates in Pflicht genommen, um die wirtschaftliche Lage der einkommensschwachen Erwerbstätigen zu verbessern, auf einem Niveau, das einen Rentenanspruch oberhalb der Sozialhilfe sichert. Hierbei wie auch bei anderen staatlichen Sozialprogrammen verleitet der moralische Gedanke, es möge allen Menschen gut gehen und dazu seien staatlich organisierte Lösungen am besten geeignet, zu einem falschen Maßstab des politischen Wollens. Man schafft sich ein gutes Gewissen, ohne an die Alltagswirklichkeit knappheitswidriger Löhne im internationalen Wettbewerb zu denken: an die Konsequenzen einer politisierten Lohnbildung (Abhängigkeit von zufälligen politischen Machtgruppierungen), an den marktwirtschaftlichen Zusammenhang von Produkt- und Faktorpreisen, an das Ausweichen in die Schattenwirtschaft, an die Wirksamkeit der Rationalisierungspeitsche und die Konsequenzen der Mindestlohnarbeitslosigkeit. Diese geistige Haltung ist weit verbreitet und geeignet, die

¹⁵ Typisch für Sozialistische Marktwirtschaften sind: Kollektive als Bezugspunkt des ordnungspolitischen Handelns, egalitäre Gerechtigkeitsziele – gerecht ist, was die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen verringert oder beseitigt –, Maßnahmen der direkten oder indirekten Verstaatlichung des Sozialen und des Kreditapparates, staatliche (industriepolitische) Investitionslenkung, Dominanz der Fiskalpolitik über die Geldpolitik, Wettbewerbsaversion und Angst vor dem Preismechanismus. Danach sind Produktionsfaktoren und Ressourcen nicht nach Maßgabe des Preissystems und der daraus hervorgehenden variablen Wirtschaftsrechnung, sondern nach politisch-behördlichem Ermessen zu verwenden - mit der Folge eines punktuellen Interventionismus mit unausweichlich hohem Willkürpotenzial.

¹⁶ Frührente mit 63, Übergang von einer bedingten zur bedingungslosen staatlichen Grundsicherung, erhöhte Transferzahlungen an Rentner, Studenten, Langzeitarbeitslose, Familien, eigenständige Grundsicherung für Kinder usw. Die Sozialbehörden werden ermuntert, nicht pingelig zu entscheiden und den Leistungsempfängern bei Regelverletzungen nicht mit Sanktionen zu drohen. Das ist eine Aufforderung, das Maß willkürlichen Handelns zu erhöhen und die Empfänger von Erwerbseinkommen zu diskriminieren, die der Kontrolle der Konkurrenz und der Käufer nicht entgegen können.

Bedeutung des Marktpreissystems als grundlegende Informations-, Motivations- und Kontrollquelle einer freien Gesellschaft und Wirtschaft schlechthin zu verkennen.

Die fortschreitenden Eingriffe zeugen von einer bedenkenlosen sozialen Blindgläubigkeit. Sie entwickeln ihre eigene planwirtschaftlich-bürokratische Sachgesetzlichkeit, setzen mit der politischen Korruption des Willens zur Selbstverantwortung und freiwilligen Solidarität, mit der Beschränkung der finanziellen Mündigkeit, mit der zunehmenden Abhängigkeit von der staatlich organisierten Solidarität und der Diskriminierung privater Vorsorgeeinrichtungen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft, begünstigen die Politisierung des Wirtschafts- und Sozialgeschehens.

2. Nicht ausgedient

- Bis heute scheint sich in Deutschland die Bedeutung des Außenhandels und weltöffener Wirtschaftsbeziehungen als eine im Vergleich zu anderen Ländern lebendige Erfahrung etabliert zu haben, wenn auch nicht so weitgehend, wie es Ludwig Erhard vorschwebte: als geistige Orientierung, als Ausdruck der freiheitlichen Verbundenheit aller Menschen und Märkte der Welt – im Bewusstsein, dass den eigenen Interessen umso besser gedient werden kann, „je internationaler wir denken und unsere Wirtschaft gestalten.“¹⁷ Das Wirken der „Freiburger“ für eine weltoffene Ordnungspolitik, vor allem mit der seit der Währungsreform betriebenen Politik im Dienste der Währungskonvertibilität und der Handelsliberalisierung, ermöglicht die Entfesselung des internationalen Kapitalverkehrs in Form von Direktinvestitionen. In diesen kann die Hauptkraft der Potenzierung des Unternehmerischen und des Wettbewerbs in der Welt gesehen werden. Diese Kraft dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass in Deutschland bis heute Protektionsneigungen gezügelt werden konnten.

- Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft wird unter welcher Bezeichnung auch immer solange nicht ausgedient haben, ja ein zeitloses Konzept bleiben, solange es darum geht, durch eine Ordnung der Freiheit und des Wettbewerbs staatliche und private Willkür zu bekämpfen, ein institutionelles Bollwerk gegen die Entmündigung der Menschen zu errichten und es diesen zu ermöglichen, in der wirtschaftlich und sozial besten Wirtschaftsordnung zu leben, die Deutschland je hatte. Dies nach Prinzipien, die mit den konkreten Sachverhalten, Sacherfordernissen und Sachzusammenhängen übereinstimmen und geeignet sind, die Menschen davon abzuhalten, sich massenhaft moralisch in Versuchung führen zu lassen, wie das bei interventionistisch-planwirtschaftlichen Konzepten der Fall ist.

Zudem ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft darauf angelegt, das jeweils ordnungspolitisch Gebotene abwägend aus einer systemvergleichenden Betrachtung herzuleiten und zu begründen - auf historisch und theoretisch gestützten Einsichten in die Sach- und Funktionslogik alternativer Wirtschaftsordnungen und neuer Herausforderungen. Dieses Denken in konträren systemlogischen Ordnungsbedingungen, in pathologischen Formen der internationalen und der europäischen Zusammenarbeit unter dem Vorzeichen des Staatsinterventionismus anzuregen, zu schulen und weiterzuentwickeln, ist weiterhin

¹⁷ Ludwig Erhard, Die geistigen Grundlagen gesunden Außenhandels, 1953, in: Karl Hohmann, S. 339-342, hier S. 340.

unverzichtbar, um zu zeigen, dass bestehende konfliktreiche Zustände der wirtschaftlichen Unsicherheit, der Fehlanreize und Fehlallokationen, des Mangels, der Not und Perspektivlosigkeit in aller Regel ordnungsbedingt, also vermeidbar und überwindbar sind.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und das zugrundeliegende Denken in Ordnungen hat nach Zeiten ordnungspolitischer Wirrnisse regelmäßig große Kraft gewonnen: Nach dem II. Weltkrieg, als es darum ging, ein weltoffenes System zu schaffen, sich im Wettkampf der Systeme durchzusetzen, ein bewährtes Modell für den gemeinsamen europäischen Markt, für die Entwicklungsländer und für die Gestaltung des Übergangs von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft im Ostblock zu finden. In diesen und anderen Fällen erkennen die „Freiburger“ zwar die Handlungsrestriktionen der Politiker, halten diese aber für überwindbar. Sie sind daher nicht bereit, den Politikern ein ruhiges Gewissen zu verschaffen, unterliegen damit auch nicht der Gefahr, als wirtschaftspolitische Berater vereinnahmt zu werden.

3. Ohne Werturteile geht es nicht

Jede Generation von Ökonomen ist der Versuchung ausgesetzt, dem „Kult des politisch Möglichen“ (Ludwig M. Lachmann) zu verfallen und sich mit Empfehlungen zu begnügen, die in der Politik - etwa bei Meinungsumfragen - gerade als relevant und politisch akzeptabel eingeschätzt werden. Sollen wirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten einer ordnungspolitischen Vernunftlosigkeit vermieden und die Dinge zum Besseren gewendet werden, gilt es, das verbands- und parteipolitische Denken in Sonderinteressen und in schnellen und sichtbaren Scheinerfolgen unmissverständlich bloßzustellen und für die Vorzüge der ordnungspolitisch gebotenen Lösungen zu werben.

Wissenschaftler, die bereit sind, Ziele des Staates, der Verbände oder suprastaatlicher Einrichtungen wie der EU zu akzeptieren, ohne die damit ausgelösten Transformationstendenzen der Wirtschaftsordnung schonungslos aufzuzeigen, nehmen Konsequenzen in Kauf, die Eucken¹⁸ ziemlich düster an die Wand gemalt hat: Zur Selbstbedienung neigende politische und wirtschaftliche Machtgruppen, ihre Funktionäre übernehmen das Zepter. Das ist auch der Fall, wenn Wissenschaftler z. B. unter weithin ungeklärten Ordnungsbedingungen in Europa dazu raten, den Konstruktionsmängeln der Währungsunion mit weitergehendem Zentralismus zu begegnen und der Auffassung sind, diese Entwicklung müsse sich so vollziehen, sei ohnehin unvermeidlich, der Anerkennung zwangsläufiger Realitäten oder dem Geschichtsfortschritt geschuldet. Dabei sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten der ordnungspolitisch verfehlten Währungsunion jetzt schon unermesslich. Eine weitere europäische Zentralisierung würde aus der Perspektive der „Freiburger“ auf den Weg einer Union des Dirigismus und der Umverteilung führen, auf dem das europäische Einigungswerk lahmgelegt wird.

Die wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen und erkennbaren Bedrohungen sind gigantisch, hinsichtlich der ungelösten Ordnungsfragen in Deutschland und in Europa vielfach selbstgemacht. Krisenerscheinungen und sozialpolitische Interessengegensätze werden wie

¹⁸ Walter Eucken (1952/1990), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, S. 327 ff.

nach 1918 und 1929 in demagogischer Weise der marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin angelastet. Und führt das populäre systemlose staatliche Eingreifen von Fall zu Fall erwartungsgemäß nicht zum gewünschten Erfolg, wird gefolgert: die Interventionen müssen tiefgreifender und härter sein. Wissenschaftler, Politiker und Publizisten sind herausgefordert, mit besonderer geistiger Anstrengung für die Erkenntnis zu werben, dass bestimmte Ordnungen wie die Soziale Marktwirtschaft nur existieren und fortbestehen können, weil sie von bestimmten Werten getragen sind. Es ist daher verfehlt, wenn aus der These von der Wertfreiheit der Wissenschaft die Folgerung gezogen wird, „dass innerhalb eines gegebenen Systems einzelne Wertprobleme nicht rational entschieden werden können“.¹⁹ Wer den Gedanken der Wertfreiheit auf seine Fahne geschrieben hat, sollte sich bewusst sein, dass er damit den Eindruck erweckt, als sei das Werturteil über bewährte Ordnungen wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wertlos.

Ludwig Erhard und die „Freiburger“ haben bekanntlich nicht allein darauf gesetzt, dass wissenschaftliche Argumente eine selbstdurchsetzende Kraft entwickeln. Sie wurden in ihrem Denken von Publizisten und weithin hörbaren Multiplikatoren in den führenden Printmedien, in den Rundfunk- und Fernsehanstalten unterstützt. So fanden ordnungspolitische Gedanken und Lösungen ein breites Echo in der Öffentlichkeit.

Im heute vorherrschenden Demokratieverständnis, das nicht durch Tradition oder Verfassung beschränkt ist, nach dem vielmehr fast jede beliebige Frage zum Gegenstand von Regierungsmaßnahmen gemacht werden kann, geraten Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in den Zustand einer ständigen sozialmotivierten Omnipräsenz des staatlichen Handelns. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten betätigen sich hierfür unentwegt als treibende Kraft.

Diese Anstalten befinden sich selbst – hochprivilegiert gegenüber den Printmedien - in einer komfortablen wohlfahrtsstaatlichen Situation. Vielleicht aus schlechtem Gewissen mag dies dazu verleiten, auch in der Bevölkerung Erwartungen zu beflügeln, der Staat könne und müsse unmittelbar ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen, um alles zu egalisieren und zu finanzieren. In diesem maßlosen versorgungsstaatlichen Paternalismus kann Dünger für einen Boden gesehen werden, auf dem Bestrebungen für eine immer weitergehende Zuständigkeit der staatlich organisierten Solidarität gedeihen können. Das begünstigt eine systematische Minderschätzung der Belange einer funktionsfähigen Gesamtordnung.

Die grundgesetzlich gewährleistete Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film (Artikel 5, Abs. 1 GG) beruhen auf einem „gleichrangigen“ und „symmetrischen“ Anspruch. Nach dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wäre es naheliegend, die bestehende privatwirtschaftliche Ordnung des Zeitungsmarktes als Orientierung für eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks heranzuziehen.

¹⁹ Friedrich A. von Hayek (1996), Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde, in: Derselbe, Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, herausgegeben von Wolfgang Kerber, Tübingen, S. 16-36 (hier S. 35 f.).

Prof. Dr. Alfred Schüller leitete die „Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme“ der Philipps-Universität Marburg. Der Artikel basiert auf seinem Vortrag beim 73. Buß- und Betttaggespräch des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg in Bonn-Bad Godesberg im November 2018.